

## Stellungnahme zum Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom 30. Mai 2016

Berlin/Erfurt, 31. Juli 2016

Die Bundesregierung beschreitet mit der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie einen ambitionierten Weg. Die Einbettung der globalen Agenda 2030 mit ihren 17 *Sustainable Development Goals* (SDG) in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zeigt den politischen Willen, ausgehend von nationalem Engagement die globale Verantwortung anzunehmen und globale Veränderungen anzustoßen und zu begleiten. Die Bundesregierung sollte sich dennoch bewusst sein, dass Deutschland in puncto nachhaltiger Entwicklung ein Entwicklungsland ist, gleichwohl eines mit großem Potential. Eine *Neuauflage* muss daher nichts Geringeres als Deutschland auf einen ökologischen, sozialen und ökonomischen Pfad der nachhaltigen Entwicklung führen und das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zur Maxime des politischen Handelns erheben. Nachhaltige Entwicklung kann in diesem Sinne nur heißen: intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit hinsichtlich der Bedürfnisbefriedigung aller auf dem Planeten Erde Lebenden.

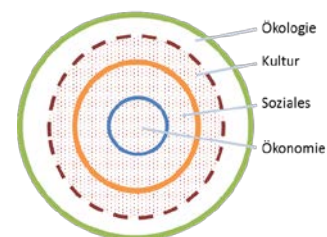
Die Anhörung zum Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie am 29. Juni im Bundeskanzleramt zeigte, dass die Zivilgesellschaft selten wie nie geeint ist – dies ist hochehrwürdig. Die Einschätzungen des *netzwerk n* folgen einer ähnlichen Grundüberzeugung wie die Stellungnahmen insbesondere folgender Akteure während der Anhörung: RNE, Bundesländer, Greenpeace, BUND, Misereor, VENRO, WBGU, Forum Umwelt und Entwicklung, DBJR, DNR, vzbv und SDSN. Mit dieser schriftlichen Stellungnahme fassen wir unsere wichtigsten Kritikpunkte und Änderungsvorschläge zusammen, begrenzen uns allerdings im Sinne der Übersichtlichkeit und verweisen auf unsere Beiträge während der Anhörung im Bundeskanzleramt.

Wir fordern abschließend, wie von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren gefordert, eine weitere Anhörung, in der über die Ziele und Indikatoren – insbesondere den noch aufzunehmenden BNE-Indikator – der Nachhaltigkeitsstrategie intensiv diskutiert werden kann.

### 1. Grundsätzliche Kritikpunkte am Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie

#### a. Nachhaltigkeitsdefinition

Die immensen Herausforderungen, vor denen die globale Gemeinschaft steht, sind zutreffend in Kapitel A skizziert, jedoch ergibt sich eine deutliche Diskrepanz zu dem verwendeten, inkonsistenten Nachhaltigkeitsverständnis. Das Verständnis der *starken Nachhaltigkeit*, d.h. der begrenzten Substituierbarkeit von natürlichem Kapital, entspricht dem aktuellen wissenschaftlichen Stand und sollte auch der Nachhaltigkeitsstrategie zugrunde liegen. Die planetaren Grenzen (*planetary boundaries*) werden bereits als absolute äußere Beschränkung in der Strategie benannt (S. 21). Konsequenterweise muss



für die gesamte Nachhaltigkeitsstrategie und alle politischen Maßnahmen gelten: Im absoluten ökologischen Rahmen wird erst soziales und ökonomisches Handeln möglich; der **ökologischen Dimension** ist folglich bei politischen Entscheidungen stets die **Priorität** einzuräumen.

#### b. Effizienz und Konsistenz scheitern ohne Suffizienz

Die Nachhaltigkeitsstrategie ist von Effizienz- und Konsistenzzielen und -maßnahmen durchzogen. Effizienz und Konsistenz stehen für eine Wette auf die Zukunft, da der technische Fortschritt begrenzt steuerbar ist, aber als Grundlage verkündet wird, um Deutschland auf den nachhaltigen Pfad zu führen. Gewiss sind Effizienz und Konsistenz absolut notwendig, jedoch fehlt in der Strategie vollständig der dazu **komplementäre Suffizienz-Gedanke** (= Genügsamkeit, das richtige Maß). Ohne Suffizienz besteht die Gefahr, dass die Bundesregierung und die Mitglieder der Gesellschaft ihre Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft auf die Forschung und die Wirtschaft auslagern. Suffizienz setzt im Vergleich zu Effizienz und Konsistenz in der Gegenwart an, im individuellen Handeln jedes Menschen. Exemplarisch finden sich die Begriffe „effizient“ und „Effizienz“ 111 Mal im Strategietext, „Suffizienz“, „suffizient“ und „Genügsamkeit“ dagegen kein einziges Mal.

#### c. Zielkonflikt Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung ausgeblendet

Die Bundesregierung schreibt: „Das Wirtschaftswachstum wurde vom Wachstum des Energieverbrauchs entkoppelt; das heißt, der Energieverbrauch wächst langsamer als das Bruttoinlandsprodukt.“ (S. 12) Dies stimmt, allerdings wird verschwiegen, dass es sich um eine **relative Entkopplung** handelt, das heißt unter Einbezug der transnationalen, weil globalisierten Wertschöpfung steigt der Energieverbrauch in Deutschland stetig an, wenn auch weniger stark als das BIP.

#### d. Rebound-Effekte beachten

Der Rebound-Effekt bezeichnet ein Paradoxon, wonach Produktivitätssteigerungen bzw. effizientere Güter zumindest teilweise durch einen anderweitigen Mehrverbrauch von Ressourcen kompensiert werden. *Tilmann Santarius* (2012) hat **13 verschiedene materielle, finanzielle, psychologische und bereichsübergreifende Rebound-Effekte** differenziert, anhand derer zu verstehen ist, warum Effizienzmaßnahmen alleine nicht greifen, um den Energieverbrauch der Volkswirtschaft auf ein niedrigeres Niveau zu senken. Rebounds werden bisher nur versteckt im Text auf den Seiten 171, 175 und 176 schemenhaft angesprochen. Das Verständnis von Rebounds ist aber essentiell für die Nachhaltigkeitsstrategie und sollte in Kapitel A integriert werden. Überdies sollten alle Maßnahmen auf mögliche Rebound-Effekte überprüft werden.

#### e. Beteiligung der jungen Generationen an politischen Prozessen

Die deutsche Nachhaltigkeitsarchitektur sollte **Strukturen für die Teilhabe junger Menschen an politischen Prozessen** beinhalten, da diese jungen Generationen die Folgen von falschen Entscheidungen am intensivsten spüren werden. Die Partizipation junger Generationen braucht jedoch Räume und Ressourcen, damit Teilhabe und Mitgestaltung auf Augenhöhe möglich wird. Dazu hat das *netzwerk n* das Konzept eines [Beirats Junger Generationen des Rates für Nachhaltige Entwicklung](#) entwickelt und dem Kanzleramt zur Umsetzung vorgestellt.

#### f. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Unter SDG 4 findet die BNE prominent Eingang in den Entwurf zur dt. Nachhaltigkeitsstrategie 2016. Doch insbesondere was die Aktivitäten der Bundesregierung angeht (S. 88), bleibt hier noch einiges im Unklaren. Gerade der **Bereich Hochschule** taucht unter den „Aktivitäten“ überhaupt nicht auf. Durch die **Aufhebung des Kooperationsverbots** besteht doch gerade hier enormer politischer Handlungsspielraum, der genutzt werden sollte. Hiermit fordern wir die Bundesregierung –

insbesondere das BMBF – auf, ihre für den Bildungsbereich Hochschule geplanten Aktivitäten umfassend darzulegen.

#### g. Gemeinwohlbilanzierung als Wohlstandsindikator aufnehmen

Im Unterkapitel zu SDG 8 (S. 124 ff. „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“) sind alle **Indikatoren auf die Passung mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu überprüfen und abzuändern**. Insbesondere der Indikator „BIP je Einwohner“ trifft keine Aussagen über die Nachhaltigkeit einer Volkswirtschaft. Als Beleg dafür eignet sich ein Gedankenspiel: Durch nachhaltige Entwicklung versucht die globale Gemeinschaft u.a. den Klimawandel und die Erderwärmung zu begrenzen. Der Klimawandel und die Erderwärmung lassen aber beispielsweise durch Umweltzerstörung und Extremwetterereignisse und die entsprechenden Reparaturen, Notfallhilfen usw. das BIP je Einwohner steigen; das heißt das BIP trifft keine Aussage, ob ein Land nachhaltig wirtschaftet. Wir empfehlen die Anzahl der **Gemeinwohlbilanzierungen** (nach Christian Felber) von Unternehmen, staatlichen Einrichtungen, Vereinen, Hochschulen usw. als Indikator für SDG 8 aufzunehmen; die Gemeinwohlbilanz misst anhand ausdifferenzierter Kriterien in einer Matrix und in der Form eines Geschäftsberichts, ob das Handeln einer Institution das Gemeinwohl fördert.

## 2. Ausgewählte konkrete Änderungsvorschläge des *netzwerk n*

*Erläuterung:* die neu eingefügten Satzkomponenten sind **grün+fett** markiert, vorgeschlagene Löschungen durchgestrichen.

### S. 11:

Hierzu zählen eine wettbewerbsfähige, innovative Industrie, ein hohes gesellschaftliches Umweltbewusstsein – **gleichwohl bei einem gleichzeitig ausbaufähigen umweltgerechten Handeln** – sowie ein starker sozialer Zusammenhalt.

### S. 12:

Das Wirtschaftswachstum wurde vom Wachstum des Energieverbrauchs **relativ** entkoppelt; das heißt, der Energieverbrauch wächst langsamer als das Bruttoinlandsprodukt. **Eine absolute Entkopplung wäre allerdings notwendig, um bei anhaltendem Wirtschaftswachstum eine nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene zu erreichen. Diese absolute Entkopplung kann bisher nicht beobachtet werden.**

### S. 14:

Wichtige Ausgangsvoraussetzung dafür, dass Nachhaltigkeit gesellschaftlich als Innovationstreiber wirken kann, ist die Bekanntheit des Begriffs der Nachhaltigkeit. Nach einer Befragung von 2015 kennen ihn mittlerweile 85 Prozent der deutschen Bevölkerung; seit 2012 ist der Anteil gestiegen (damals 77 Prozent). Damit ist der Nachhaltigkeitsbegriff – mehr als 300 Jahre nach seiner ersten Prägung – in der Öffentlichkeit angekommen. **Gleichwohl ist das Verständnis über den Inhalt von Nachhaltigkeit so uneinheitlich wie nie zuvor. Auch besteht eine Diskrepanz zwischen Kennen, dem Verständnis des Inhalts, das Bewusstsein über die Bedeutung der Nachhaltigkeit und dem Handeln nach dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, diese Heterogenität und Konflikte zu kommunizieren und öffentlich zu diskutieren.**

### S. 21:

**Die Bundesregierung teilt das Verständnis der starken Nachhaltigkeit, das heißt sie erkennt an, dass natürliches Kapital nur begrenzt substituierbar ist.** Dem Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung zu folgen bedeutet für die Bundesregierung daher, darauf hinzuarbeiten, mit ihrer Politik gleichermaßen

den Bedürfnissen der heutigen sowie künftiger Generationen gerecht zu werden – in Deutschland sowie in allen Teilen der Welt – und ihnen ein Leben in voller Entfaltung ihrer Würde zu ermöglichen. Dafür bedarf es einer wirtschaftlich leistungsfähigen, sozial ausgewogenen und ökologisch verträglichen Entwicklung, wobei die planetaren Grenzen unserer Erde die absolute äußere Beschränkung vorgeben **und dementsprechend im Falle von Zielkonflikten die Priorität genießen.**

#### S. 22:

Diese können und müssen sodann durch ein Ausbalancieren dieser drei Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaft, Umwelt und Soziales und in Wahrnehmung der internationalen Verantwortung Deutschlands gelöst werden, **wobei der absolute ökologische Rahmen erst soziales und wirtschaftliches Handeln ermöglicht; der ökologischen Dimension ist folglich bei politischen Entscheidungen stets die Priorität einzuräumen.**

#### S. 23:

Diese Nachhaltigkeitsarchitektur hat sich im Laufe der vergangenen 14 Jahre immer weiter ausdifferenziert und weitgehend bewährt. Gleichwohl erfordert insbesondere die nationale Umsetzung der „Agenda 2030“ Änderungen sowie Ergänzungen, **wie die Notwendigkeit einer verstärkten Integration der jungen Generationen in den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen. Die Änderungen und Ergänzungen werden** die in den folgenden Abschnitten skizziert werden.

#### S. 30, zu Rat für Nachhaltige Entwicklung:

**Die Bundesregierung bemisst der verstärkten Integration der jungen Generationen in politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse eine hohe Bedeutung bei. Daher wird der Rat ab der Berufungsperiode 2019 durch einen Beirat Junger Generationen (BJG) ergänzt. Mit dem BJG wird die Deutsche Nachhaltigkeitsarchitektur weiterentwickelt, um erstens die Vertreter der jungen Generationen als gleichberechtigte Gesprächspartner und Entscheider besser in den politischen Prozess einzubeziehen, um zweitens verstärkt in die jungen Generationen hineinzuwirken und aus ihnen heraus Impulse für die Nachhaltigkeitspolitik aufzunehmen und um drittens der zunehmenden politischen Trägheit und dem Desinteresse junger Menschen entgegenzuwirken. Der BJG setzt sich aus zehn überparteilichen Mitgliedern zusammen, die zum Zeitpunkt ihrer Berufung noch nicht das 35. Lebensjahr vollendet haben. Die durch das Gremium gewählten beiden Vorsitzenden erhalten folgend die volle Mitgliedschaft im RNE und fungieren eigenverantwortlich als Schnittstelle zwischen BJG und RNE. Die Mitglieder werden von einer Jury ausgewählt, vom Bundeskanzleramt ernannt und für jeweils 3 Jahre berufen. Der BJG wird sich in seiner Arbeit insbesondere den Themenfeldern *Generationengerechtigkeit, Jugendpartizipation* und *Bildung* widmen; weitere thematische Schwerpunkte ergeben sich aus den Interessen und Kompetenzen der im BJG versammelten Menschen. Vor allem möchte der BJG Nachhaltigkeit unter jungen Menschen bekannt machen.**

#### S. 87:

In Deutschland liegt Bildung gemäß der verfassungsrechtlichen Kompetenzordnung in der Zuständigkeit der Länder. **Im Bereich der Hochschulen wurde Ende 2014 aber das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufgehoben, wodurch sich Handlungsspielräume für die Bundesregierung ergeben.**

#### S. 88:

Darüber hinaus gilt es, gezielt die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Bildungsbereichen **strukturell** zu verankern. **Dazu bedarf eines umfassenden Mainstreamings der BNE in allen Bildungsbereichen sowie zusätzlicher Fördermittel, insbesondere für innovative BNE-Konzepte.** In der Bildung für nachhaltige Entwicklung werden nicht nur kognitive Kompetenzen in den für Nachhaltigkeit zentralen Handlungsfeldern erworben, sondern auch umfassende **Gestaltungskompetenzen (de Haan) Handlungskompetenzen.** So fördert Bildung für nachhaltige Entwicklung Innovationsfähigkeit, Demokratieverständnis und Partizipationsfähigkeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung einer besseren und nachhaltigen Zukunft. **BNE heißt, die**

Bürgerinnen und Bürger verstärkt in die Lage zu versetzen, ihre Zukunft, privat als auch in Gemeinschaft, wieder selbst zu gestalten.

#### S. 125

Wirtschaftliches Wachstum **gemessen an der aktuellen Konzeption des BIP** ist **eine keine notwendige Grundlage des Wohlstands in Deutschland, da es nur die in Geld gemessenen hergestellten Güter und Dienstleistungen erfasst, viele wohlstands- und gemeinwohlorientierte Handlungen ausklammert und keine Aussagen über u.a. die Zufriedenheit, die Gesundheit und die Gemeinwohlorientierung eines Landes trifft.**

#### S. 126:

Die Bundesregierung strebt mit Blick auf Unterziel 8.4 an, den Einsatz natürlicher Ressourcen stärker von der wirtschaftlichen Entwicklung zu entkoppeln, die Effizienz fortlaufend zu steigern und perspektivisch die Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen zu reduzieren, **ist sich aber bewusst, dass es sich dabei nur um eine relative Entkopplung handeln kann.**

#### S. 134:

Das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm soll konsequent umgesetzt und ambitioniert **unter Berücksichtigung von Rebound-Effekten zu einem Ressourceneffizienz- und Ressourcensuffizienzprogramm** weiterentwickelt werden.

Die Bundesregierung wird die öffentliche Beschaffung stärker auf ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen ausrichten, Haushalte und Unternehmen umfassender über ressourcenschonendere Alternativen aufklären, ~~das Thema~~ **die Themen Effizienz, Suffizienz und Konsistenz** stärker in allen Bildungsbereichen verankern sowie Forschung, Entwicklung und innovative Pilotvorhaben zur Ressourcenschonung auch in der integrierten Stadtentwicklung und beim nachhaltigen Bauen weiterhin fördern. Zudem werden die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen kontinuierlich weiterentwickelt, um die Ressourceneffizienz Deutschlands zu verbessern **und Anreize für suffizientes Handeln zu bieten.**

Die Bundesregierung wird ihre internationalen Aktivitäten zur Steigerung der Ressourceneffizienz **unter Berücksichtigung von Rebound-Effekten** auch in anderen internationalen Foren wie den G20-Staaten vorantreiben

#### Kurzbeschreibung *netzwerk n*



Das *netzwerk n* hat sich im Dezember 2010 im Zuge der Tagung "Hochschulen für Nachhaltige Entwicklung" in Berlin gegründet und ist seit 2012 ein eingetragener gemeinnütziger Verein. Als offizielles Projekt der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" zeigt es, wie Studierende, Promovierende und junge Berufstätige an der Konzeption einer nachhaltigen Hochschullandschaft mitwirken und diese gestalten können. Das Netzwerk verbindet zahlreiche Initiativen und Einzelpersonen, die sich aktiv und erfolgreich für mehr Nachhaltigkeit an Hochschulen engagieren. Neben lokalen studentischen Nachhaltigkeitsinitiativen sind sowohl etablierte bundesweit tätige als auch internationale Verbände im *netzwerk n* vertreten.

Das Netzwerk nimmt zum einen aktiv Einfluss auf die Wissenschaftspolitik, fordert allgemein die Teilhabe der jungen Generationen in politischen Prozessen ein und steht im intensiven Austausch mit Akteuren wie dem BMBF, der Deutschen UNESCO-Kommission und dem Rat für Nachhaltige Entwicklung. Zum anderen fungiert es als Vernetzungsplattform, um einen Wissens-, Erfahrungs- und Kompetenzaustausch zu ermöglichen. Auf unserer *plattform n* ([www.netzwerk-n.org](http://www.netzwerk-n.org)), einer Online-Kollaborationsplattform, organisieren sich Initiativen und Einzelpersonen. Die Plattform ist sicherheitszertifiziert, nutzt Ökostrom und bietet alle notwendigen technischen Lösungen, um die Arbeit in Projekten und Gruppen zu organisieren und um die Vernetzung mit anderen Engagierten zu fördern.

